

Koalition sorgt für Stabilität

CSU für ausgeglichenen Haushalt schon 2014 – Kalte Progression?

Berlin – Die CSU kämpft für geringe Defizite, damit das Ziel des ausgeglichenen Bundeshaushalts möglichst bald erreicht werden kann. Gleichzeitig hält die CSU am Ziel fest, die schädliche Kalte Progression zu entschärfen und damit die fleißigen Arbeitnehmer zu entlasten. Allerdings sperrt sich hier ausgerechnet die frühere Arbeitnehmerpartei SPD mit ihrer Bundesratsmehrheit.

„Nach unserem Grundgesetz sind wir verpflichtet, bis 2016 einen Bundeshaushalt ohne strukturelles Defizit zu haben“, stellt CSU-Chefhaushälter Bartholomäus Kalb fest. Doch der Ehrgeiz der Union gehe weiter, betont Kalb gegenüber dem *Bayernkurier*: „Wenn uns der Konjunkturverlauf keinen Strich durch die Rechnung macht, haben wir Haushälter den Ehrgeiz, schon 2014, spätestens 2015, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, also ohne Neuverschuldung, vorzulegen.“

Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, verweist darauf, dass Deutschland bereits im Jahr 2012 ein strukturelles Defizit von höchstens noch 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen werde und damit die Vorgaben

des geplanten EU-Fiskalvertrags sowie der deutschen Schuldenbremse schon früher als gefordert einhalte. „Folgerichtig wird Deutschland aus dem Defizitverfahren entlassen“, freut sich Koschyk gegenüber dem *Bayernkurier*. Deutschland habe mit seiner bereits 2009 eingeführten Schuldenbremse schon die Voraussetzungen dafür geschaffen, die zu hohe staatliche Verschuldung auf ein

tragfähiges Maß zu begrenzen. „Damit sind wichtige Reformen zur erfolgreichen Bewältigung der Staatsschuldenkrise auf den Weg gebracht“, betont Koschyk.

Auch der CSU-Chefhaushälter im Bundestag, Kalb, lobt den soeben beratenen Nachtragshaushalt 2012. Damit schaffe die Koalition „die haushaltmäßigen Voraussetzungen für die deutschen Zahlungen in das Stammkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus“.

Deutschland unterschreite die Neuverschuldungsgrenze der Schuldenbremse und halte die Vorgaben des Grundgesetzes ein – trotz der erhöhten Nettokreditaufnahme. Sicher sei, so Kalb: „Bereits im Jahr 2014 – und damit zwei Jahre

früher als verfassungsrechtlich gefordert – liegt das strukturelle Defizit des Bundes unter dem Referenzwert von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.“

In der Debatte um die gerechte steuerrechtliche Behandlung fleißiger Arbeitnehmer durch Entschärfung der ungerechten Kalten Progression kann Kalb nur den Kopf schütteln über die SPD: „Es ist völlig unverständlich, dass

die SPD-geführten Bundesländer dieses Gesetz im Bundesrat blockieren.“ Es gehe dabei um nicht mehr und nicht weniger als sicherzustellen, dass Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bei Tarif- und Lohnsteigerungen steuerlich nicht überdurchschnittlich belastet werden. „Das heißt, dass Ihnen nicht der größte Teil des Lohnzuwachses wieder wegbesteuert wird. Wo ist die ehemalige Arbeiterpartei SPD geblieben?“, empört sich Kalb.

Wie man aus Berlin hört, verbindet sie SPD ihre Zustimmung mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent. Doch das würde den ganzen Progressionsverlauf steiler machen, die Entschärfung der Kalten Progression und das Anliegen der CSU wären geradezu konterkariert.



Bartholomäus Kalb



Hartmut Koschyk